

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurzzettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Bestellungen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Für Rücksendung anverw. Manuskripte ist Porto beizulegen.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Reichstraße 22-26

Veranspr. Zentrale Ullstein: Am Dönhof (A 7) 3600-3605, des Fernverleger Am Dönhof 3608-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postnachrichten Berlin 950.

Schiedspruch heute abend

Metallkonflikt vor der Beendigung

Das gemischte Schiedsgericht für die Metallindustrie, das unter Vorsitz von Reichsarbeitsminister a. D. Franz Freitag bis in die Nacht hinein verhandelt hat, hat die Verhandlungen bereits heute vorzeitig wieder aufgenommen. Der Schiedspruch muß unter allen Umständen heute noch gefällt werden, es ist aber nicht möglich zu rechnen, daß er vor dem späten Abend formuliert sein wird. Beide Parteien, also die Vertreter der Arbeitgeber sowie die der Arbeitnehmer, hatten sich seit heute mittig im Reichsarbeitsministerium zur Verfügung, um den Schiedspruch entgegenzunehmen.

Über den möglichen Inhalt des Schiedspruchs berichtet die Kommission selbstverständlich absolutens Schweigen. Nur so viel ist bekannt, daß bei der großen Differenz zwischen den Ansichten der beiden Parteien eine Einigung sich sehr schwer erzielen läßt.

In Arbeitnehmerteilen rechnet man damit, daß der neue Schiedspruch, wenn er überhaupt Kohlenstrichbindungen vorstellt, diese nicht vor dem 1. Januar 1931 in Kraft treten läßt. In diesem Fall würde dann die Kohlenfeste, die aber nicht mehr als höchstens 5 v. betragen dürfen, mit der geplanten Preisentlastung auf denselben Termin fallen.

Auf der anderen Seite erklären die Arbeitgeber, daß ein sofortiger Schiedspruch und zwar von mindestens 10 bis 15 v. v. dringend notwendig sei. Die Höhe der Berliner Metallarbeiter seien die relativ höchsten, deshalb müsse hier mit dem Abbau begonnen werden.

Auf jeden Fall hängt von dem Schiedspruch, der heute abend gefällt werden wird, sehr viel, vielleicht entscheidend viel für die künftige Gestaltung der wirtschaftlichen Lage nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich ab.

Morgen wählt Oesterreich

Von Karl Lahn, Berichterstatter der Vossischen Zeitung

Wien, 7. November

Als in die letzten Stunden vor diesem ängstlich erwarteten Wahlgang, dem 8. November, wollten die Gemächte nicht bestimmen, daß es zu den Wahlen gar nicht kommen werde. Die Heimwehr, die sich „Volksbewegung“ nennt, fürchtete, das Volk werde sich für sie gar nicht in Bewegung setzen, und damit die Heimwehr-Liste nicht einen befähigenden Durchfall erziele, werde heute gefordert werden, daß die Wahlen zum mindesten aufgeschoben würden. Es kam zu nichts, was einem Putsch ähnelte. Der frühere Regisseur der Aktion läßt seine Putsch so, es sei denn, daß man sich mitten in „trodnen Putsch“ befindet. Vieles, was in den Diktaturnotizen der Heimwehr lag, unter Zustimmung der Seipels, wird von seinem Exekutivbeamten, jetzigen Bundeskanzler und Vizepräsidenten Raugotin, auf letztem Wege durchgesehen. Die Beratung wird nicht geführt, nur gegeben, so wie man es braucht, unter Berufung auf ausgedehnte Parteigeführer.

Einer der großen Schläge gegen den „Autro-Markismus“, dieses tote Tuch, das den Heimwehnen vorgehalten wurde, war die große Waffensuche mit Aufgehoben von Feer, Polizei, Gendarmerie und Heimwehr. Es gab Momente in der kurzen Beschlusse des neuen Oesterreich, wo die noch nicht mißbrauchten Heimwehrführerhände mit dem Republikanischen Schutzhund Hand in Hand gingen. Das fing an bei den Arbeitern in Gubärläuten, wo Bauer, Arbeiter und Arbeiter nebeneinander, die Hände in der Hand, für ihr Deutschtum fielen. Das setzte sich fort, als das von der Entente gemäß dem Friedensvertrag Oesterreich „übergebene“ Burgenland von magyarischen Freischäfern überfallen wurde und auch Arbeiter in die Gruben gingen. Die Gruben wurden, waren dem Schutzhund in drei Wochen gegeben worden, als 1928, nach einer von Mussolini „jornoll“ erwiderten Rede Dr. Seipels über Südtirol, ein schicksaliger Verlust gegen Jansoubereich im Bereich der Möglichkeit lag — dieselben Waffen, die jetzt Raugotin sich rühmt, dem Schutzhund wegenommen zu haben. Einbürgerer sagt: „Der rote Putsch hat werden können, um nationalen Geistes ein gewisses Vertrauen gefeiert. Es sind Jahre, die morgen nicht gegen den Faschismus gebraucht werden können, nicht den Faschismus drinnen, aber auch nicht gegen den draußen, wenn es sein müßte. Dr. Seipel hat nichts gegen den Faschismus, nichts gegen den bestimmen und nichts gegen den draußen, seit er mit einem bestimmten Heeren Putsch legitimiert wurde. Die Heimwehr wollen keine Waffen. Dr. Seipel auch, aber eine andere Überzeugung kann je offen legitimiert sein.

Warum sehen sich die österreichischen Sozialdemokraten nicht zur Wehr? Warum lassen sie sich jeden Schlag der Heimwehr gefallen, wo sie doch wissen, daß sie die größere Waffe hinter sich haben? Ist es fürcht der Führer, die bei sozialer persönlicher Bedrohung betraute begreiflich wäre? Oder ist es das Bewusstseinsgefühl, daß Vaterlandswort um jeden Preis vertrieben werden müßte? Als der Parteivorstand von der kommenden Waffensuche erfuhr, rief er zur Wehrmehment auf: „Laßt Euch nicht herausfordern!“

In der Mitte zwischen beiden Heerlägern, Schwarz und Rot, steht der Schobor-Bloed, der Bloed der Ordnung. Hätte man den Parteiprääsidenten Schobor als Bundeskanzler gewählt, wären würde er die Befreiung von aller Reparaturlast, auch den innerpolitischen der Bräunung auf beiden Seiten benutzungen haben. Ihm gehörte in höherem Maße das Vertrauen aus dem Auslands — und nicht zuletzt gebührte ihm das Vertrauen des gesamten deutschen Volkes. Die einheitliche Abrüstung, die bei Seipels Raugotin-Seipels-Entscheidungen steht, ist die „Reine Wehr“, die im westlichen Faschismus durch die Welt geht, jedoch nicht auf rechtsgerichtet, die jenseitigen vorhandenen Waffenslager der Heimwehnen liegen unberührt. Die Genjurierung der Einheitskräfte, die Befreiung so vieler wichtiger Welter durch Getreue des Reichstages, das unangesehene Markieren des im selben Geiste umgewandelten Bundesheeres, die Drohpresse des Heimwehr-Innenministers Schoborberg, die im westlichen Faschismus durch die Welt geht, jedoch nicht auf rechtsgerichtet, die jenseitigen vorhandenen Waffenslager der Heimwehnen liegen unberührt — wäre der Parteiparagra nicht so eifern, würde die Be-

Deutschland wird überstimmt

Der erste Sieg der Abrüstungsgegner

Genf, 8. November

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Eine der größten Grundfragen der Erziehung der Rüstungen ist heute vornehmlich in der „Vorbereitenden Kommission für die internationale Konferenz zur Begrenzung und Abschaffung der Rüstungen“ — das ist ihr offizielles Titel, den man nicht zurechnen sollte — anfänglich des deutschen Antrages auf Begrenzung des jährlich auszubehenden Kontingentes bei Volkspistolen und der Gesamtvierteljährliche Rüstung zur Verhandlung.

Der Antrag des Grafen Bernstorff verlangt außerdem die Trennung der Gesamtvierteljährliche in aktive und Reservevierteljährliche und weiter ein Verbot der Einstellung solcher Mannschaften, deren Reservevierteljährliche bereits beendet ist. Dazu hat die polnische Delegation einen Antrag vorgelegt, der nur die Begrenzung der Dienstzeit ohne Trennung des aktiven vom Reservevierteljährliche vorstellt, während die englische Delegation ebenfalls nur die Gesamtvierteljährliche begrenzen will, aber die Einsparung der deutschen Antrages beabsichtigt.

Die Gegner des deutschen Antrages, hauptsächlich Frankreich, Italien, Japan usw., machen geltend, daß die Frage der ausgebildeten Reserve, die durch den deutschen Antrag wieder aufgenommen würde, bereits erledigt sei und daß man es angängiger der Reservevierteljährliche der Mannschaften und der Art der Ausstattung in den Ländern mit allgemeiner Wehrpflicht, bei der Begrenzung der allgemeinen Friedenskontingente der Feere belassen und nicht noch die jährlichen Kontingente begrenzen dürfe, weil das für einzelne Länder zu großen Ungerechtigkeiten führen könnte.

Außerdem machte besonders der japanische Delegierte Gato darauf aufmerksam, daß auch bei den Südsee-Ländern die ausgebildeten Reserve eine große und mittelwichtige großen sogar eine bedeutendere Rolle spielen, als bei den Volkspistolen, deren Mannschaften zwar aktiver, aber viel weniger gefährlich ausgebildet seien.

Während Lord Roberts Cecil dem deutschen Antrag keine große Bedeutung auslegte und auch die Begrenzung des Antrages zu der Frage der Begrenzung der ausgebildeten Reserve nicht anerkennen wollte, erklärten der französische Delegierte Massif, die italienische Delegierte General de Marinis u. a. in Vereinbarung mit dem Grafen Bernstorff, daß die Frage der ausgebildeten Reserve die Hauptfrage bei dem deutschen Antrag sei, und lehnten ihn eben deshalb unter Berufung auf die frühere ausführliche Diskussion über diese Frage ab.

Der Bernstorff verzichtete ausdrücklich auf eine nochmalige Begründung seines Antrages und gab nur der Hoffnung und dem Wunsch Ausdruck, daß die Abrüstungskonferenz in letzter Sitzung feststellen möge, woran man eigentlich ist. Das System der allgemeinen Wehrpflicht habe sich in Europa beirat entwickelt, daß jeder Staatsbürger heute fast von der Wiege bis zum Grabe wehrpflichtig ist und infolgedessen sei ein Abkommen, das die

ausgebildeten Reserve nicht berücksichtige, nicht die Tinte wert, mit es geschrieben ist.

Nach hundertlanger Debatte wurde der deutsche Antrag gegen die feinen Stimmen Hollands, Rumegens, Schwedens, Chinas, Somerslands, Kanadas und Deutschlands abgelehnt, wobei es aber bemerkenswert ist, daß gegen den deutschen Antrag nur zwölf Stimmen abgegeben wurden, darunter Frankreich, Italien, Polen, die Türkei, Japan usw., so daß also 13 Delegierte sich der Stimme enthalten, unter ihnen auch der Vertreter Englands.

In der Debatte über den polnischen Antrag zeigte sich, daß die französische Delegation überhaupt gegen jede Schmäherung der Konventionenabstimmungen ist und sich insbesondere auch gegen den deutschen Antrag erklärt. Die Bestimmungen der Dienstzeit in den verschiedenen Ländern seien zu verschieden, als daß man sie auf einen Nenner bringen könnte, und man müßte eben der Dienstzeit bei der Bemessung der Reservevierteljährliche usw. Rechnung tragen.

Nur die Rumänen, Südschonen und Schweden setzen sich für den polnischen Antrag ein, während ihn auch Italien und Sowjetrußland ablehnten. Witwinow ging sogar soweit, zu behaupten, daß dieser Antrag mit der Wirkung überhaupt nichts zu tun habe, und er schließlich sich für Italien bei dem Abstimmenden bewand, daß er überhaupt in der Kommission nach von Abrüstung spreche. Die Debatte über den polnischen Antrag geht langsam zu Ende.

Rufstovs letzte Warnung

Die plündernde Raubplünderung des bisherigen Vorstehenden des Rates der Volksoffiziere der Sowjet-Union, der grade am Revolutionstage seinen Urlaub antreten mußte, von dem er kaum auf seinen Posten zurückkehren dürfte, hat in den letzten Wochen ein recht bezeichnendes Beispiel geleistet. Aus unvorsichtiger Dummheit wird man nämlich, daß er etwa 14 Tagen führende Reden und Sitzungsprotokolle gemeinsam eine Petition an Stalin gerichtet haben, in der sie ihn aufforderten, den wirtschaftlichen Kurs der Sowjetregierung radikal zu ändern, bis selbst das Land dieses Jahr eine Hungersnot erleben werde, wie sie sonst in den schwersten Jahren des Kriegeskommunismus nicht da war. Die gestifteten Urheber dieser Petition waren Rylov und Dvornik.

Währendern Benachteiligung im Streit hatte die Einigkeit der Reden und Sitzungsprotokolle hervorgebracht. Man beschloß, sowohl zur rechten Zeit mit fester Hand durchzugreifen und auch vor Rylov und Dvornik nicht haltzumachen.

Die Sowjetpresse bringt nur sehr vorläufige Andeutungen über diese Petition. Man verstand natürlich, den Bestimmung der großen Exekutivrat der Revolution möglichst geheim zu halten. Das Bekannwerden dieser Petition müßte jedenfalls die Möglichkeit, mit der die Raubplünderung erfolgt ist, verhältnißlos, als je vorher war.